

Wahlprüfstein Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz – § 14 SGB VIII</p> <p>Welchen Stellenwert nimmt der erzieherische Kinder- und Jugendschutz Ihrer Ansicht nach im Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe ein und welche Mittel sollten dementsprechend aus dem Kinder- und Jugendplan zusätzlich bereitgestellt werden, um die Ziele des § 14 des SGB VIII verstärkt umzusetzen?</p>	<p>Wir werden auf allen Ebenen einen erzieherischen Kinder- und Jugendschutz fördern, der Kinder und Jugendliche befähigt, mit sich selbst und mit anderen verantwortlich umzugehen. Dazu gehört auch, dass der Kinder- und Jugendplan des Bundes ausreichend finanziell ausgestattet wird.</p> <p>Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist aus unserer Sicht eine Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Dieser muss bei der Kinder- und Jugendförderplanung, der Jugendhilfeplanung sowie den konkreten Angeboten vor Ort berücksichtigt werden.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Akteure des Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes bestmöglich ausgestattet werden.</p>
<p>Medienbildung in Kindheit und Jugend</p> <p>Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen für einen sicheren, selbstbestimmten Umgang mit Medien befähigt werden?</p>	<p>Wir werden auf allen Ebenen die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen fördern, insbesondere auch in den außerfamiliären Bildungseinrichtungen.</p> <p>Digitales Lernen ist für uns auch Persönlichkeitsbildung und die Förderung sozialer Kompetenzen. Deshalb werden wir den pädagogischen, stärkenorientierten Ansatz der Kinder- und Jugendhilfe ebenso einbeziehen, wie auch die frühkindliche Bildung und einen Digitalpakt, auch für die Kinder- und Jugendhilfe, auflegen. Die Aus- und</p>

	<p>Fortbildung von Lehrkräften ist ein Schlüssel zur digitalen Schule. Wir werden deshalb bundesweit vernetzte Kompetenzzentren für digitales Lehren und Lernen aufbauen und unterstützen.</p> <p>Medienkompetenz ist auch Demokratiekompetenz. Lernen, Arbeiten, Identitätsbildung, Persönlichkeitsentwicklung und die Kommunikation mit anderen sind in unserem Alltag zunehmend an soziale Medien gebunden. Dafür wollen wir die kreative Energie der Netzcommunity mit der Qualität und Erfahrung der klassischen Medien zusammenbringen.</p>
Medienbildung in Kindheit und Jugend	
<p>Wo sieht Ihre Partei im föderalen System die Verantwortung für den Jugendmedienschutz?</p>	<p>Mit der letzten Novelle des Jugendschutzes im Jahr 2021 haben wir erstmals eine klare Abgrenzung von Bundes- und Länderzuständigkeiten in Zeiten der Medienkonvergenz geschaffen. Dort, wo alte und neue Berührungspunkte bestehen, haben wir für Synergien durch Zusammenarbeit und Austausch von Bund und Ländern im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen gesorgt.</p> <p>Die Länder sind für die Einzelfall-Aufsicht über Medieninhalte (d.h. für die „Nachsorge“) zuständig. Das haben wir durch weitere strukturelle Vorsorgemaßnahmen des Bundes und die Aufsicht durch die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz gestärkt.</p> <p>Im zunächst dialogischen Verfahren können Anbieterbelange und vergleichbare Anforderungen von der Bundeszentrale gewürdigt werden. Auch können Abstimmungen mit relevanten Akteuren wie der Kommission für Jugendmedienschutz erfolgen.</p>

	Wir setzen uns auch weiterhin für einen wirksamen Jugendmedienschutz ein, der alle föderalen Ebenen mit einbezieht.
Partizipation von Kindern und Jugendlichen	
Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den strukturellen Kinder- und Jugendschutz auszubauen und damit in einer zukünftigen Krise den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden?	<p>Wir setzen uns für den bestmöglichen Schutz von Kindern und Jugendlichen ein. Dafür wollen wir alle staatlichen Stellen sensibilisieren. Es geht uns darum, überall für eine entsprechende an den Kinderrechten orientierte gesellschaftliche Grundhaltung zu sorgen. Kinder- und Jugendschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.</p> <p>Wir setzen für breit angelegte Aufklärungs- und Sensibilisierungsinitiativen ein. Die Qualifikation der beteiligten Professionen wollen wir gewährleisten. Für einen besseren Kinder und Jugendschutz wollen wir u.a. die Forschung intensivieren, gesundheitliche Versorgung und Hilfen verbessern, Kinderschutzstandards fördern und Beratungs- und Hilfeangebote ausbauen.</p> <p>Wir werden dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen.</p>
Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz	
Welche Kompetenzen und Aufgaben sollte die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz Ihrer Ansicht nach erhalten?	Die BzKJ ist zuständig für die Indizierung jugendgefährdender Medien und unterhält hierfür eine entsprechende Prüfstelle. Des Weiteren fördert sie die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes. Sie erfüllt eine Orientierungsfunktion für Eltern, Fachkräfte sowie Kinder und Jugendliche selbst.

	<p>Zudem wacht sie über die Einhaltung der Anbietervorsorgepflichten und ist zur Verhängung hoher Bußgelder (bis zu 50 Millionen Euro) auch gegenüber Anbietern befugt, die ihren Sitz nicht in Deutschland haben.</p> <p>Wir haben für die BzKJ eine finanzielle Förderkompetenz mit dem Schwerpunkt auf kindgerechte Zugänge vorgesehen.</p>
<p>Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz</p>	
<p>Plant Ihre Partei Initiativen zur Etablierung von Standards des Jugendmedienschutzes im europäischen Raum?</p>	<p>Mit der letzten Novelle des Jugendschutzes haben wir die Forderungen von Europarat (Leitlinien zur Achtung, zum Schutz und zur Verwirklichung der Rechte des Kindes im digitalen Umfeld), der Kinderrechte-Strategie der EU und des kurz vor der Fertigstellung stehenden „General Comments“ des Kinderrechte-Ausschusses der Vereinten Nationen aufgenommen. Wir sind damit auf einer Linie mit den Entwürfen der EU-Kommission für einen neuen, umfassenden „Digital Services Act“.</p> <p>Wir unterstützen die Etablierung von Standards des Jugendmedienschutzes im europäischen Raum. Allerdings sind dabei die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern zu beachten.</p> <p>Wir streben eine Harmonisierung durch einen engen Erfahrungsaustausch und eine europaweite Diskussion von Einzelfällen im Rahmen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Jugendschützer:innen an.</p> <p>Wir wollen die deutschen Förderungen auch zukünftig mit der EU-Initiative Klicksafe, einer Sensibilisierungskampagne zur Förderung der Medienkompetenz im Umgang mit dem Internet und neuen Medien im Auftrag der Europäischen</p>

	Kommission und Teil des Safer Internet Programmes der EU, verknüpfen.
Alkoholprävention(ssstrategie)	
Halten Sie ein Verbot von Werbung für alkoholische Produkte im Rahmen der Alkoholprävention aus Sicht des Kinder- und Jugendschutzes für sinnvoll und setzt sich Ihre Partei dafür ein?	<p>Bereits heute haben wir Werbeverbote für Alkohol bei öffentlichen Filmveranstaltungen. Im Rundfunk oder über Telemedien (wie z.B. Online-Spiele) darf Alkoholwerbung sich nicht an Kinder und Jugendliche richten. Auch darf die Art der Darstellung Kinder und Jugendliche nicht besonders ansprechen oder sie beim Alkoholgenuss darstellen. Kinder und Jugendliche können zum Beispiel durch die Verwendung jugendaffiner Sprache, eine besonders „poppige Aufmachung“ oder die Bezugnahme auf jugendtypische Lebensumstände als Zielgruppe besonders adressiert werden. Verstöße werden von den Medienanstalten der Länder geahndet.</p> <p>Wir werden auch in Zukunft sorgfältig prüfen, ob die bestehenden Regelungen aus Sicht des Kinder- und Jugendschutzes angepasst werden müssen.</p> <p>Alkohol ist in Deutschland eine gesellschaftliche Realität, mit der wir einen adäquaten politischen Umgang finden müssen. Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum nicht gesenkt. Deshalb setzen wir vor allem auf Prävention, insbesondere auf Aufklärung und Beratung.</p>
(Cyber)Mobbing unter Kindern und Jugendlichen	
Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um das Risiko für (Cyber)Mobbing unter jungen Menschen zu verringern?	Schutzstandards für Kinder und Jugendliche müssen auch im digitalen Raum gelten, also auch beim Schutz der persönlichen Integrität, vor sexueller Belästigung und Gewalt, bei Entwicklungsbeeinträchtigungen und wirtschaftlicher Ausbeutung.

Der neue Kinder- und Jugendmedienschutz hilft dabei, geltendes Recht durchzusetzen. Anbieter werden verpflichtet, Kinder und Jugendliche entsprechend zu schützen. Die Neuregelungen beziehen sich auf besseren Schutz, Orientierung und Rechtsdurchsetzung. Sie nehmen die relevanten Internetdienste in die Pflicht, die angemessene und wirksame strukturelle Vorsorgemaßnahmen treffen müssen.

Wir werden Präventionsketten und Netzwerke für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen schaffen, in denen Jugendhilfe und Gesundheitsdienst, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, öffentliche und freie Träger, Sportvereine und Verbände, Polizei und Familiengerichte auf kommunaler Ebene verbindlich zusammenwirken.